Armutsgipfel 2025: Abschlusserklärung

Wege in eine gerechte Zukunft

Veranstaltende:

- **Sozialverband Deutschland, SoVD-Landesverband Hamburg e.V.**
- **Mieterverein zu Hamburg von 1890 r. V.**
- **DGB Hamburg**
- **Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg e.V.**

Die Veranstaltenden des Armutsgipfels 2025: Wege in eine gerechte Zukunft stellen fest, dass Armut in Hamburg kein Randphänomen ist. Armutsbetroffenheit und Armutsgefährdung reichen bis in die Mitte der Gesellschaft. Armut ist damit eine zunehmend strukturelle Herausforderung mit weitreichenden Folgen für uns alle. Das gilt besonders für Menschen in prekären Wohnverhältnissen, mit prekärem oder gänzlich ohne Arbeitsverhältnis, eingeschränktem Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Teilhabe.

Zugleich hat sich Deutschland und damit auch Hamburg auf die „17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs)“ der Agenda 2030 der Vereinten Nationen verständigt. Im Ziel 1 ist festgelegt, Armut in allen ihren Formen und überall bis 2030 zu beenden. Der Gipfel will dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen.

Ablauf und Ziele des Gipfels

Die Ursachen und Folgen von Armut wurden analysiert und insbesondere im Kontext von Wohnungsnot, Stadtentwicklung, Arbeit, Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Ungleichheit thematisiert und diskutiert. Es wurden Lösungsansätze entwickelt, die insbesondere sozial-, wirtschafts- und wohnungspolitische Maßnahmen miteinander verbinden. Bewusst wurde der Dialog zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Fachverbänden gefördert, um möglichst breitgefächerte Ergebnisse zu erhalten, die von Vielen getragen werden können.

Kernbotschaften unserer Abschlusserklärung

- Bezahlbares Wohnen ist nicht nur ein Menschenrecht, sondern auch Bedingung für wirtschaftliche Prosperität. Es politisch sichern heißt, die Zukunft sichern.
- Soziale Gerechtigkeit ist Grundvoraussetzung für demokratische Teilhabe.
- Eine wirtschaftliche, berufliche und betriebliche Teilhabe muss für alle Menschen ermöglicht werden.
- Armut bekämpfen heißt Zukunft gestalten – durch erhöhte Investitionen in Bildung, Infrastruktur, gute Arbeit und soziale Sicherung.
- Die Veranstaltenden fordern eine neue soziale Agenda für Hamburg, die Armut systematisch und nachhaltig bekämpft. Diese soziale Agenda muss schnell und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft gefasst werden.

Weitere Vorgehensweise

Die Veranstaltenden kündigen an, die Ergebnisse des Armutsgipfels 2025: Wege in eine gerechte Zukunft in konkrete politische Forderungen zu überführen und den Dialog insbesondere mit den Entscheidungsträger:innen fortzusetzen. Weitere Veranstaltungen in den nächsten Jahren sind geplant.

In den Gesprächen sollen nachfolgende **Grundfragestellungen** erörtert und **Maßnahmen** angesprochen werden, die nach einem vereinbarten Zeitplan umgesetzt werden.

1 ARMUT ALS STRUKTURELLES PROBLEM ANERKENNEN

Armut ist als strukturelles Problem anzuerkennen und ist kein individuelles Versagen, sondern Folge politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen und Rahmenbedingungen. Sie betrifft Menschen in allen Lebensphasen und führt zu sozialer Ausgrenzung, eingeschränkter Teilhabe und gesundheitlichen Risiken.

2 WOHNEN ALS SOZIALE FRAGE BEGREIFEN

Der angespannte Wohnungsmarkt ist ein zentraler Treiber von Armut. Explodierende Mieten, Gentrifizierung und fehlender sozialer Wohnungsbau verschärfen die Lage. **Grundanliegen**: Mindestens 5.000 geförderte Neubauwohnungen im Jahr, Mietpreisbremse konsequent anwenden, Zweckentfremdung bekämpfen. Wir fordern die Wiedereinführung gemeinnütziger Wohnungswirtschaft.

3 SOZIALE INFRASTRUKTUR STÄRKEN

Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen und Beratungsstellen müssen flächendeckend und niedrigschwellig verfügbar sein. **Grundanliegen**: Stadtteilzentren und personenorientierte Angebote, Schulsozialarbeit, regionale Gesundheitszentren und -kioske und Schuldnerberatung sind auszubauen.

4 ARMUTSPRÄVENTION DURCH BILDUNG UND ARBEIT

Bildung und Gute Arbeit sind wesentliche Schlüssel zur Teilhabe. **Grundanliegen**: Prekäre Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit müssen durch Qualifizierung und tarifgebundene Vergütung bekämpft werden. Minijobs sind abzuschaffen. Ein Recht auf Weiterbildung und die Stärkung der Jobcenter sind eine Grundvoraussetzung. Der Mindestlohn als Lohnuntergrenze muss angehoben werden. Tarifbindung muss auf mindestens 80 % erhöht werden. Menschen muss die Mitbestimmung im Betrieb ermöglicht und zugesichert werden.

5 POLITISCHE TEILHABE UND SELBSTWIRKSAMKEIT

Betroffene müssen in politische Prozesse eingebunden werden. Ihre Perspektiven sind entscheidend für wirksame Maßnahmen. Wer sich als selbstwirksam begreift, stärkt die Demokratie. **Grundanliegen**: Beteiligungsformate für Menschen mit Armutserfahrung, Förderung von Selbstvertretung und zivilgesellschaftlichem Engagement.

GEMEINSAME ABSCHLUSSERKLÄRUNG DER VERANSTALTENDEN DES HAMBURGER ARMUTSGIPFELS 2025: WEGE IN EINE GERECHTE ZUKUNFT

Sozialverband Deutschland SoVD-Landesverband Hamburg e.V.

Mieterverein zu Hamburg von 1890 r. V.

DGB Hamburg

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg e.V.